

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Abkürzungsverzeichnis	XIX
Autorenverzeichnis	XXVII
VI. Schenkungsmeldegesezt (<i>Sabine Urnik/Eva Rohn</i>)	1
1. Die Aufhebung der Erbschafts- und Schenkungssteuer	2
2. Die Schenkungsmeldepflicht nach § 121a BAO	3
2.1 Grundlegendes	3
2.2 Zum Vorliegen einer Schenkung bzw Zweckzuwendung	3
3. Die sachliche Reichweite der Meldepflicht	5
4. Die persönlichen Meldepflichtkriterien	6
5. Von der Meldepflicht befreite Schenkungen	7
5.1 Kein „qualifiziertes“ Vermögen	7
5.2 Sachlich befreite Schenkungen	7
5.2.1 Nach dem ErbStG befreite Schenkungen	7
5.2.2 Unter das Stiftungseingangssteuergesetz fallende Zuwendungen	11
5.2.3 Gelegenheitsgeschenke	11
5.2.4 Hausrat einschließlich Wäsche und Kleidungsstücke	12
5.3 Befreiungen von Schenkungen im Rahmen der Schwellenwerte	13
6. Verfahrensrechtliche Aspekte der Meldepflicht	16
6.1 Zur Anzeige verpflichtete Personen	16
6.2 Zuständigkeit	17
6.3 Frist für die Einbringung der Anzeige	18
6.4 Form und Inhalt der Anzeige	18
7. Sanktionen bei Verletzung der Meldepflicht nach § 121a BAO	18
VII. Stiftungseingangssteuer (<i>Yvonne Schuchter-Mang</i>)	21
1. Allgemeine Grundlagen und historische Entwicklung	23
2. Persönliche Steuerpflicht	24
3. Sachliche Steuerpflicht	27
4. Entstehung der Steuerschuld und Fälligkeit	28
5. Bemessungsgrundlage und Bewertung	29
6. Steuerbefreiungen	31
7. Steuertarif	32
8. Steuerabkommen Österreich-Liechtenstein	35
VIII. Mehrwertsteuer (<i>Dietmar Aigner/Michael Tumpel</i>)	37
1. Allphasenumsatzsteuer mit Vorsteuerabzug	40
2. Bedeutung der Umsatzsteuer für die Beschaffung von Leistungsfaktoren und den Absatz betrieblicher Leistungen	41
3. Rechtsquellen der Umsatzsteuer	43
4. Entwicklung des Mehrwertsteuersystems	45
5. Grundsätze der Umsatzsteuer	47
6. Besteuerung von Umsätzen	48
6.1 Übersicht	48
6.2 Steuerbare Umsätze	49

6.2.1	Lieferung und sonstige Leistung	49
6.2.2	Leistungsaustausch	50
6.2.3	Subventionen	51
6.2.4	Schadenersatz	52
6.2.5	Innenumsätze	53
6.2.6	Leistungsvereinigung	53
6.3	Unternehmer und Unternehmen	54
6.3.1	Begriff des Unternehmers	54
6.3.2	Gewerbliche oder berufliche Tätigkeit	54
6.3.3	Beginn und Ende der Unternehmereigenschaft	55
6.3.4	Unternehmenseinheit	56
6.3.5	Unternehmereinheit	56
6.3.6	Selbständigkeit	57
6.4	Lieferungen	58
6.4.1	Verschaffung der Verfügungsmacht	58
6.4.2	Entnahme von Gegenständen	59
6.4.3	Kommissionsgeschäft	60
6.4.4	Werklieferung	60
6.4.5	Tausch	60
6.5	Sonstige Leistungen	61
6.5.1	Dienstleistungen	61
6.5.2	Verwendung von Gegenständen und Erbringung von Dienstleistungen für unternehmensfremde Zwecke	61
6.5.3	Tauschähnlicher Umsatz	62
6.5.4	Besorgungsleistung	62
6.6	Einheitlichkeit der Leistung	63
6.7	Ort der Lieferung	64
6.7.1	Ort des Gegenstandes bei Verschaffung der Verfügungsmacht	64
6.7.2	Beförderungs- und Versandungslieferungen	64
6.7.3	Reihenlieferungen	65
6.7.4	Beförderungs- und Versandungslieferung aus dem Drittlandsgebiet	66
6.7.5	Lieferungen an Bord von Beförderungsmitteln	67
6.8	Ort der sonstigen Leistung	68
6.8.1	Unternehmer und Nichtunternehmer für Zwecke des Leistungsortes	68
6.8.2	B2B – Leistungsort für Leistungen an Unternehmer	69
6.8.3	B2C – Leistungsort von Leistungen an Nichtunternehmer (§ 3a Abs 7)	69
6.8.4	Vermittlungsleistungen	70
6.8.5	Leistungen im Zusammenhang mit dem Grundstücksort	71
6.8.6	Beförderungsleistungen	72
6.8.7	Leistungen am Tätigkeitsort	73
6.8.7.1	Künstlerische, wissenschaftliche, unterrichtende und andere Tätigkeiten	73
6.8.7.2	Umschlag, Lagerung etc als Nebenleistung zur Güterbeförderung	74
6.8.7.3	Arbeiten an und die Begutachtung von beweglichen körperlichen Gegenständen	74
6.8.7.4	Restaurant- und Verpflegungsdienstleistungen	74

6.8.8	Vermietung eines Beförderungsmittels	75
6.8.9	Auf elektronischem Weg erbrachte Leistungen sowie Telekommunikations-, Rundfunk- und Fernsehdienstleistungen	75
6.8.10	Katalogleistungen (§ 3a Abs 14)	76
6.8.11	Vermeidung von Doppelbesteuerung und Wettbewerbsverzerrungen	76
6.9	Einfuhr	77
6.10	Bemessungsgrundlage	77
6.10.1	Entgelt	78
6.10.2	Durchlaufende Posten	79
6.10.3	Differenzbesteuerung	79
6.10.4	Reiseleistungen	80
6.10.5	Tausch und täuschähnlicher Umsatz	80
6.10.6	Geschäftsveräußerung im Ganzen	81
6.10.7	Eigenverbrauch	82
6.10.8	Normalwert	82
6.10.9	Umsatzsteuer	83
6.10.10	Einfuhr von Gegenständen	83
6.11	Steuerbefreiungen	84
6.11.1	Echte und unechte Steuerbefreiungen	85
6.11.2	Befreiungskatalog	86
6.11.2.1	Echte Steuerbefreiungen	86
6.11.2.1.1	Ausfuhrlieferungen und Lohnveredelungen an Gegenständen der Ausfuhr	86
6.11.2.1.2	Grenzüberschreitende Beförderungsleistungen	88
6.11.2.2	Unechte Steuerbefreiungen	88
6.11.2.2.1	Befreiungen im Gesundheits-, sozialen und kulturellen Bereich sowie der Bildung	88
6.11.2.2.2	Finanz- und Versicherungsumsätze	89
6.11.2.2.3	Umsätze mit Grundstücken	89
6.11.2.2.4	Vermietung von Grundstücken	90
6.11.2.2.5	Kleinunternehmer	91
6.12	Steuersätze	92
6.12.1	Normalsteuersatz von 20 %	92
6.12.2	Ermäßigter Steuersatz von 10 %	92
6.12.3	Ermäßigter Steuersatz von 12 %	93
6.12.4	Ermäßigter Steuersatz von 19 %	93
6.13	Steuerschuldner	93
6.13.1	Steuerschuldner bei Lieferungen, sonstigen Leistungen und dem Eigenverbrauch	94
6.13.2	Steuerschuldner bei der Einfuhr	94
6.13.3	Übergang der Steuerschuld bei Leistungen ausländischer Unternehmer	94
6.13.4	Übergang der Steuerschuld bei Bauleistungen	95
6.13.5	Übergang der Steuerschuld bei Sicherungsübereignung, Eigentumsvorbehalt und Zwangsversteigerungsverfahren	95
6.13.6	Übergang der Steuerschuld bei Lieferung von Gas über das Erdgasverteilungsnetz oder Elektrizität	96
6.13.7	Übergang der Steuerschuld zur Umsatzsteuerbetrugskämpfung	96
6.14	Entstehung der Steuerschuld	96

7.	Vorsteuerabzug	98
7.1	Allgemeine Grundsätze des Vorsteuerabzugs	99
7.2	Vorsteuerabzug für Lieferungen und sonstige Leistungen von anderen Unternehmern im Inland	100
7.2.1	Unternehmereigenschaft des Leistungsempfängers	101
7.2.2	Leistungen von anderen Unternehmen	101
7.2.3	Rechnungserfordernis	101
7.3	Zeitpunkt des Vorsteuerabzugs	104
7.4	Ausführung der Leistung im Inland	104
7.5	Ausführung der Leistung für das Unternehmen des Leistungsempfängers	104
7.6	Ausführung der Leistung für Zwecke des Unternehmers	105
7.7	Leistungen, die als nicht für Zwecke des Unternehmens ausgeführt gelten	105
7.8	Aufteilung von Vorsteuern	106
7.9	Vorsteuerberichtigung	107
7.10	Vorsteuerabzug beim Eigenverbrauch und Normalwert	109
7.11	Vorsteuer nach Durchschnittssätzen	109
8.	Berichtigung der Bemessungsgrundlage und des Vorsteuerabzugs	109
9.	Veranlagung und Voranmeldung	110
10.	Sicherung des Steueranspruchs	111
11.	Binnenmarktregelung	112
11.1	Einleitung	114
11.2	Systematik der Binnenmarktregelung	115
11.3	Innergemeinschaftlicher Erwerb von Gegenständen	117
11.4	Innergemeinschaftliche Verbringung	120
11.5	Erwerbsbesteuerung bei Schwellenerwerbern	123
11.6	Erwerbsbesteuerung von neuen Fahrzeugen	123
11.7	Versendungslieferungen (Versandhandel)	125
11.8	Befreiung der innergemeinschaftlichen Lieferung	126
11.9	Dreiecksgeschäft	128
IX.	Grunderwerbsteuergesetz (Sabine Urnik/Eva Rohn)	131
1.	Der Steuergegenstand	133
1.1	Der Begriff Grundstück iSd Grunderwerbsteuergesetzes	133
1.2	Steuerbare Erwerbsvorgänge	135
1.3	Ausnahmen von der Besteuerung	137
1.3.1	Die Freigrenze für Grundstückserwerbe im Rahmen der Bagatellgrenze	137
1.3.2	Der Freibetrag für Grundstücke im Rahmen von Betriebsübertragungen	137
1.3.3	Sonstige Grunderwerbsteuerbefreiungen	139
2.	Die Bemessungsgrundlage (§§ 4 bis 6 GrEStG)	140
2.1	Die Regelbemessungsgrundlage: die Gegenleistung	140
2.2	Die allgemeine Ersatzbemessungsgrundlage: der gemeine Wert	144
2.2.1	Der gemeine Wert eines unbebauten Grundstückes	144
2.2.2	Der gemeine Wert eines bebauten Grundstückes	145
2.3	Die besondere Ersatzbemessungsgrundlage: der Einheitswert	146
2.4	Sonderfälle	147
2.4.1	Tausch, Sacheinlage, Vereinigung aller Anteile in einer Hand, Anwachsung	147

2.4.2	Zur Wertfindung der Gegenleistung bei der Übertragung einer Gesamtsache	149
3.	Steuersatz und Absetzbetrag (§ 7 GrEStG)	150
4.	Entrichtung der Grunderwerbsteuer	151
4.1	Steuerschuld (§ 8 GrEStG)	151
4.2	Steuerschuldner (§ 9 GrEStG)	153
4.3	Erklärungspflicht (§ 10 GrEStG)	154
4.4	Verletzung der Erklärungspflicht	155
4.5	Fälligkeit der Steuer	156
4.6	Selbstberechnung	156
4.6.1	Befugnis zur Selbstberechnung (§ 11 GrEStG)	156
4.6.2	Selbstberechnungserklärung (§ 12 GrEStG)	157
4.6.3	Erhebung der Steuer bei Selbstberechnung (§ 13 GrEStG)	157
4.6.4	Aufbewahrung und Überprüfung (§ 15 GrEStG)	158
4.6.5	Mitteilungspflicht des Finanzamtes (§ 16 GrEStG)	158
5.	Nichtfestsetzung und Abänderung der Grunderwerbsteuer (§ 17 GrEStG)	158
6.	Verjährung	160

X. Verbrauchsteuern und andere indirekte Steuern (Dietmar Aigner/Thomas Bieber/ Michael Tumpel)

1.	Die SystemRL 2008/118/EG als Kernstück des unionalen Verbrauchsteuersystems	164
1.1	Begriffsbestimmung, Rechtsentwicklung und Bedeutung	164
1.2	Steuergegenstände und Steuergebiet	165
1.2.1	Verbrauchsteuerpflichtige Waren nach Art 1 Abs 1 SystemRL	165
1.2.2	Andere indirekte Steuern nach Art 1 Abs 2 SystemRL	165
1.2.3	Andere Steuern nach Art 1 Abs 3 SystemRL	167
1.2.4	Verbrauchsteuergebiet der EU (Art 5 und 6 SystemRL)	167
1.3	Bemessungsgrundlagen und Steuersätze	168
1.4	Lager- und Beförderungsverfahren	168
1.4.1	Waren im Steueraussetzungsverfahren	168
1.4.1.1	Grundlegendes	168
1.4.1.2	Beförderung im EMCS-Verfahren	169
1.4.1.3	Unregelmäßigkeiten	171
1.4.2	Waren des freien Verkehrs	171
1.5	Steuerentstehungstatbestände und Steuerschuldner	172
1.5.1	Steuerentstehung bei Waren im Steueraussetzungsverfahren	172
1.5.2	Steuerentstehung bei Waren des freien Verkehrs	173
1.6	Steuervergünstigungen und Steuerentlastungen	174
2.	Die Struktur- und Steuersatzrichtlinien als ergänzende Bestandteile des unionalen Verbrauchsteuersystems	175
2.1	Struktur- und Steuersatzrichtlinie für Alkohol	175
2.1.1	StrukturRL 92/83/EWG	175
2.1.2	SteuersatzRL 92/84/EWG	178
2.2	Struktur- und Steuersatzrichtlinie für Tabakwaren 2011/64/EU	179
2.3	Energiesteuerrichtlinie 2003/96/EG	180
3.	Die harmonisierten Verbrauchsteuern und andere indirekte Steuern in Österreich	181
3.1	Rechtsgrundlagen im österreichischen Verfassungs- und Steuerrecht	181

3.2	Verbrauchssteuern	183
3.2.1	Mineralölsteuer	183
3.2.2	Biersteuer	186
3.2.3	Schaumweinsteuer	187
3.2.4	Alkoholsteuer	187
3.2.5	Tabaksteuer	189
3.3	Andere indirekte Steuern	191
3.3.1	Elektrizitätsabgabe	191
3.3.2	Erdgasabgabe	192
3.3.3	Kohleabgabe	193
3.3.4	Energieabgabenvergütung	194
3.3.5	Flugabgabe	195

XI. Finanzverwaltung und Abgabenverfahren (*Marian Wakounig/Birgitt Ulrike Koran/Anton Trauner*)

		197
1.	Organisatorischer Aufbau der Finanzverwaltung	201
1.1	Allgemeines	201
1.2	Das Bundesministerium für Finanzen	202
1.3	Struktur der Finanzverwaltung	203
1.3.1	Allgemeines	203
1.3.2	Einrichtung des bundesweiten Fachbereiches	203
1.4	Die Finanzämter	203
1.4.1	Allgemeines	203
1.4.2	Aufbauorganisation eines Finanzamtes	206
1.4.3	Bereiche des Finanzamts	206
1.4.3.1	Infocenter (IC)	206
1.4.3.2	Allgemeinveranlagung (AV)	207
1.4.3.3	Betriebsveranlagung (BV)	207
1.4.3.4	Abgabensicherung (AS)	207
1.4.3.5	Fachbereich (FB)	207
1.4.3.6	Geschäftsleitung (GL)	208
1.4.4	Die Zuständigkeit der Finanzämter	209
1.4.4.1	Allgemeines	209
1.4.4.2	Sachliche Zuständigkeit	210
1.4.4.2.1	Finanzamt mit allgemeinem Aufgabenkreis	210
1.4.4.2.2	Finanzamt mit besonderem Aufgabenkreis	210
1.4.4.2.3	Finanzämter mit erweitertem Aufgabenkreis	210
1.4.4.3	Örtliche Zuständigkeit	211
1.5	Großbetriebsprüfung	211
1.6	Bundesweite Betrugsbekämpfungseinheiten	213
1.6.1	Steuerfahndung	213
1.6.2	Finanzpolizei	214
1.7	Das Bundesfinanzgericht – BFG	215
1.7.1	Allgemeines	215
1.7.2	Aufbau des BFG	215
1.7.2.1	Sitz und Zuständigkeit des BFG	216
1.7.2.2	Organisationseinheiten und Struktur des BFG	216
1.7.2.2.1	Präsident und Vizepräsident	216
1.7.2.2.2	Leiter der Außenstellen	216

	1.7.2.2.3	Richterliches Personal und Laien	216
	1.7.2.2.4	Vollversammlung	217
	1.7.2.2.5	Geschäftsverteilung und Geschäftsverteilungs- ausschuss	217
	1.7.2.2.6	Personalsenat	217
	1.7.2.2.7	Kammern	218
	1.7.2.2.8	Senate	218
	1.7.2.2.9	Gerichtsabteilungen	219
2.		Das Betriebsprüfungsverfahren	219
2.1		Rechtliche Grundlagen	220
2.2		Auswahl der zu prüfenden Betriebe	220
2.3		Einteilung der zu prüfenden Betriebe	221
2.4		Gegenstand der Außenprüfung und Prüfungszeitraum	222
2.5		Arten des Prüfungsverfahrens	223
	2.5.1	Umsatzsteuersonderprüfungen	224
	2.5.2	UMA-Prüfungen	224
	2.5.3	Gemeinsame Prüfung lohnabhängiger Abgaben	224
	2.5.4	Prüfung Gebühren/Verkehrssteuern	225
	2.5.5	Vorauszahlungsprüfungen	225
	2.5.6	Spezialprüfungen	225
2.6		Prüfungsablauf	226
	2.6.1	Prüfungsvorbereitung	226
	2.6.2	Durchführung der Prüfung	227
	2.6.3	Prüfungsabschluss	228
2.7		Bescheidausfertigung nach der Außenprüfung	229
3.		Der Rechtsschutz	229
3.1		Überblick	231
3.2		Beschwerdeverfahren	232
3.3		Einbringung der Beschwerde	232
3.4		Inhalt, Umfang und Wirkung der Bescheidbeschwerde	233
3.5		Beschwerdeverfahren vor der Abgabenbehörde (§§ 256–267 BAO)	234
	3.5.1	Zurücknahme	234
	3.5.2	Beitritt zur Beschwerde	234
	3.5.3	Zurückweisung der Beschwerde	235
	3.5.4	Gegenstandsloserklärung der Beschwerde	235
	3.5.5	Beschwerdevorentscheidung	235
	3.5.6	Vorlageantrag	236
3.6		Beschwerdeverfahren vor dem Bundesfinanzgericht (§§ 269–291 BAO)	236
	3.6.1.	Das Bundesfinanzgericht	236
	3.6.2	Allgemeines zum Beschwerdeverfahren	238
	3.6.3	Aussetzung der Entscheidung	238
	3.6.4	Das Verfahren	239
	3.6.5.	Erkenntnis	239
	3.6.6	Aufhebung nach § 300 BAO	240
	3.6.7	Maßnahmenbeschwerde	241
	3.6.8	Säumnisbeschwerde	241
3.7		Sonstige Maßnahmen	242
	3.7.1	Überblick	242

3.7.2	Abänderung, Berichtigung und Zurücknahme von Bescheiden (§§ 293–298 BAO)	242
3.7.2.1	Berichtigung nach § 293 BAO	242
3.7.2.2	Berichtigung nach § 293a BAO	243
3.7.2.3	Berichtigung nach § 293b BAO	243
3.7.2.4	Anpassung abgeleiteter Bescheide	244
3.7.2.5	Abänderung nach § 295a BAO	244
3.7.3	Aufhebung von Bescheiden (§ 299 BAO)	245
3.7.4	Wiederaufnahme des Verfahrens	245
3.7.5	Wiedereinsetzung in den vorigen Stand	247
3.8	Verjährung von Abgabenschuldigkeiten	248
3.8.1	Die Festsetzungs- oder Bemessungsverjährung	249
3.8.2	Die Verlängerung der Bemessungsverjährung	249
3.8.3	Die Hemmung der Bemessungsverjährung	250
3.8.4	Die Verjährungsfristen und absolute Verjährung	250
4.	Advance Ruling – der Auskunftsbescheid gem § 118 BAO	251
4.1	Definition Advance Ruling	251
4.2	Gesetzeslage vor Entstehung von Advance Ruling	251
4.3	Gegenstand des Auskunftsbescheids	253
4.4	Antrag	253
4.5	Befugnis zur Antragstellung	253
4.6	Inhalt des Antrags	253
4.7	Zuständigkeit	254
4.8	Inhaltserfordernisse des Bescheids	254
4.9	Folgewirkungen des Bescheids	255
4.10	Rechtsschutz im Rulingverfahren	255
4.11	Kosten für einen Rulingbescheid	256
4.12	Forschungsbestätigung	257
XII.	Finanzstrafrecht (Gerald Toifl)	259
1.	Allgemeiner Teil	263
1.1	Einleitende Vorbemerkungen	263
1.1.1	Prinzipien des rechtsstaatlichen Strafrechts	264
1.1.1.1	Gesetzlichkeitsprinzip – nullum crimen sine lege (§ 1 iVm § 4) – Bestimmtheitsgrundsatz	264
1.1.1.2	Rückwirkungsverbot (§ 4) – nullum crimen sine lege praevia – zeitlicher Geltungsbereich – Günstigkeitsprinzip	265
1.1.1.3	Schuldstrafrecht (§ 6) – nulla poena sine culpa	266
1.1.2	Finanzstrafrecht und Grundrechtsschutz	266
1.1.3	Finanzvergehen und sachlicher Geltungsbereich	267
1.1.4	Finanzvergehen und örtlicher Geltungsbereich	268
1.2	Einzelaspekte	268
1.2.1	Kausalität und objektive Zurechnung	268
1.2.1.1	Kausalität	268
1.2.1.2	Objektive Zurechnung der Handlung (Sozialadäquanz)	269
1.2.1.3	Objektive Zurechnung des Erfolgs	269
1.2.2	Vorsatz/Fahrlässigkeit	270
1.2.3	Versuch	270
1.2.4	Beteiligung an Finanzvergehen	271

1.2.5	Der Irrtum im Finanzstrafrecht	272
1.2.6	Mangelnde Strafbarkeit der Tat	273
1.2.7	Strafaufhebungsgründe	274
1.2.7.1	Selbstanzeige	274
1.2.7.1.1	Wesen und Zweck der strafbefreienden Selbstanzeige	274
1.2.7.1.2	Voraussetzungen einer strafbefreienden Selbstanzeige	274
1.2.7.2	Verjährung der Strafbarkeit	275
1.2.7.2.1	Beginn und Dauer der Verjährungsfrist	275
1.2.7.2.2	Hemmung der Verjährungsfrist	275
1.2.7.2.3	Absolute Verjährung	276
1.2.7.2.4	Günstigkeitsvergleich bei Verjährung	276
1.2.7.2.5	Fortgesetztes Delikt	276
1.2.7.2.6	Abgabenrechtliche Bemessungsverjährung und Verjährung der Strafbarkeit	277
1.2.8	Konkurrenzen	278
1.2.8.1	Zusammentreffen mehrerer Finanzvergehen	278
1.2.8.2	Zusammentreffen von Finanzvergehen mit anderen strafbaren Handlungen	278
1.3	Strafen und Strafbemessung	279
1.3.1	Geldstrafe	279
1.3.2	Freiheitsstrafe und Ersatzfreiheitsstrafe	279
1.3.3	Verfall und Wertersatz	280
1.3.4	Strafbemessung	280
1.3.5	Bedingte Strafnachsicht/bedingte Entlassung	281
1.3.6	Entzug von Berechtigungen und sonstige Rechtsfolgen	281
1.3.7	Verjährung der Vollstreckbarkeit	281
1.3.8	Haftung für Geldstrafen und Wertersatz	281
1.3.8.1	Haftung der juristischen Person	281
1.3.8.2	Haftung des Vertretenen	282
1.3.8.3	Haftung des Dienstgebers	282
1.4	Verbandsverantwortlichkeit	282
2.	Besonderer Teil	284
2.1	Abgabenhinterziehung (§ 33)	284
2.1.1	Tatbestände der Abgabenhinterziehung	284
2.1.2	Tätersubjekt – Sonderdelikt	284
2.1.3	Abgabenhinterziehung gem § 33 Abs 1	285
2.1.3.1	Tathandlung – Bewirken einer Abgabenverkürzung	285
2.1.3.2	Tatmodalität – Verletzung einer abgabenrechtlichen Anzeige-, Offenlegungs- oder Wahrheitspflicht	285
2.1.3.3	Taterfolg – Eintritt einer Abgabenverkürzung	286
2.1.3.4	Subjektiver Tatbestand	287
2.1.3.5	Qualifizierte Begehung – Gewerbsmäßigkeit und Abgabenbetrug	288
2.1.3.6	Einzelfragen	288
2.1.3.6.1	Scheingeschäfte und Missbrauch von Formen und Gestaltungsmöglichkeiten des bürgerlichen Rechts	288

2.1.3.6.2	Abgabenhinterziehung durch Verweigerung der Empfängerbenennung	289
2.1.3.6.3	Besondere Beweisforderungen im Steuerrecht	289
2.1.3.6.4	Abzug von Geld- und Sachzuwendungen, deren Gewährung oder Annahme mit gerichtlicher Strafe bedroht ist	290
2.1.3.6.5	Verdeckte Gewinnausschüttungen	290
2.1.4	Sondertatbestände der Abgabenhinterziehung (§ 33 Abs 2 und 4)	291
2.1.4.1	Abgabenhinterziehung unter Verletzung der Verpflichtung zur Abgabe von Umsatzsteuervoranmeldungen (§ 33 Abs 2 lit a)	291
2.1.4.2	Wissentliche Hinterziehung von Lohnsteuer und Dienstgeberbeiträgen (§ 33 Abs 2 lit b)	292
2.1.4.3	Zweckwidrige Verwendung von Sachen, für die eine Abgabenbegünstigung gewährt wurde (§ 33 Abs 4)	292
2.1.4.4	Rechtswidrige Herbeiführung einer Abgabennachsicht (§ 33 Abs 3 lit f)	292
2.2	Fahrlässige Abgabenverkürzung (§ 34)	293
2.3	Schmuggel und Hinterziehung von Eingangs- oder Ausgangsabgaben (§§ 35, 38)	293
2.3.1	Vorbemerkungen	293
2.3.2	Schmuggel gem § 35 Abs 1	293
2.3.3	Hinterziehung von Eingangs- oder Ausgangsabgaben gem § 35 Abs 2	294
2.3.4	Hinterziehung von Eingangs- oder Ausgangsabgaben gem § 35 Abs 3	294
2.4	Weitere Finanzvergehen	294
2.4.1	Weitere Finanzvergehen innerhalb des FinStrG	294
2.4.2	Finanzvergehen außerhalb des FinStrG	295
2.5	Finanzordnungswidrigkeiten (§§ 49–52)	295
2.5.1	Nichtentrichtung von Selbstbemessungsabgaben (§ 49 Abs 1 lit a)	295
2.5.2	Unterlassung der Anzeige einer Schenkung gem § 121a BAO (§ 49a)	296
2.5.3	Vorsätzliches Erwirken von ungerechtfertigten Zahlungserleichterungen (§ 50)	296
2.5.4	Finanzordnungswidrigkeiten gem § 51	296
2.6	Gerichtlich strafbare Handlungen, die keine Finanzvergehen sind	297
3.	Verfahren	297
3.1	Vorbemerkungen	297
3.2	Zuständigkeit und Instanzenzug	298
3.2.1	Abgrenzung der gerichtlichen von der verwaltungsbehördlichen Zuständigkeit	298
3.2.2	Örtliche/sachliche Zuständigkeit der Finanzstraßbehörden erster Instanz	299
3.2.3	Funktionale Zuständigkeit – Instanzenzug	299
3.2.3.1	Rechtsmittelinstanz – BFG	300

3.2.3.2	Außerordentliche Rechtsmittel an die Gerichtshöfe öffentlichen Rechts	300
3.2.3.3	Funktionale Zuständigkeit – Instanzenzug im gerichtlichen Finanzstrafverfahren	302
3.3	Verfahrensgrundsätze	304
3.3.1	Verfahrensgrundsätze im verwaltungsbehördlichen Finanzstrafverfahren	304
3.3.1.1	Inquisitionsverfahren	304
3.3.1.2	Amtswegigkeit des Verfahrens – Instruktionsmaxime – Offizialmaxime	304
3.3.1.3	Freie Beweiswürdigung – Zweifelsgrundsatz	304
3.3.1.4	Unschuldsvermutung	304
3.3.1.5	Keine Bindungswirkung an abgabenrechtliche Feststellungen	305
3.3.1.6	Verbot des Zwangs zur Selbstbeschuldigung	305
3.3.1.7	Ne bis in idem	306
3.3.1.8	Sonstige Verfahrensgrundsätze	306
3.3.1.8.1	Mittelbarkeit	306
3.3.1.8.2	Mündlichkeit und Schriftlichkeit	306
3.3.1.8.3	Öffentlichkeit und Nichtöffentlichkeit	306
3.3.2	Abweichungen im gerichtlichen Finanzstrafverfahren	306
3.3.3	Fehlen von Einigungsmechanismen („Vergleich“)	307
3.4	Verwaltungsbehördliches Finanzstrafverfahren	307
3.4.1	Der Beschuldigte und seine Rechte	307
3.4.2	Der Gang des erstinstanzlichen Verfahrens	307
3.4.2.1	Vorerhebungen	307
3.4.2.2	Einleitung des Finanzstrafverfahrens	308
3.4.2.3	Untersuchungsverfahren	308
3.4.2.4	Überblick	309
3.4.3	Verfahren vor dem Spruchsenat	309
3.4.4	Verfahren vor dem Einzelbeamten	310
3.4.5	Ordentliche Rechtsmittel – Rechtsmittelverfahren	310
3.5	Sonderbestimmungen für das gerichtliche Finanzstrafverfahren	310
3.6	Bestimmungen im Bereich des landesgesetzlichen Abgabenstrafrechts	311
3.7	Internationale Amts- und Rechtshilfe	311
3.7.1	Internationale Amtshilfe	311
3.7.2	Internationale Rechtshilfe	313

XIII. Rechtliche Rahmenbedingungen der Steuerberatung und Abschlussprüfung <i>(Romuald Bertl)</i>	315
1. Begriffsbestimmungen	318
1.1 Wirtschaftstreuhandwesen	318
1.2 Wirtschaftstreuhandberufe	318
1.3 Kammer der Wirtschaftstreuhänder	319
1.4 Freier Beruf	320
1.5 Eigenverantwortliche Leistungserstellung	321
2. Das Berufsrecht der Wirtschaftstreuhandberufe	321
2.1 Besondere Rechtsquellen für Wirtschaftstreuhandberufe	321
2.2 Der Zugang zu den Wirtschaftstreuhandberufen	322

2.2.1	Allgemeine Voraussetzungen	322
2.2.1.1	Natürliche Personen	322
2.2.1.2	Wirtschaftstreuhandgesellschaften	323
2.2.2	Besondere Voraussetzungen	324
2.2.2.1	Natürliche Personen	324
2.2.2.1.1	Vorbildung und Praxis	324
2.2.2.1.2	Fachprüfungen	325
2.2.2.2	Juristische Personen	327
2.3	Berechtigungsumfang der einzelnen Berufsgruppen	328
2.3.1	Berechtigungsumfang der Steuerberater (§ 3 WTBG)	328
2.3.2	Berechtigungsumfang der Wirtschaftsprüfer (§ 5 WTBG)	329
2.3.3	Sonstige Tätigkeitsfelder	330
2.4	Vereinbare und unvereinbare andere Tätigkeiten	330
2.5	Die Berufsgrundsätze der Wirtschaftstreuhandberufe	330
2.5.1	Gewissenhaftigkeit und Sorgfalt	331
2.5.2	Eigenverantwortlichkeit	331
2.5.3	Unabhängigkeit	332
2.5.4	Verschwiegenheit	335
2.5.5	Sonstige Berufsgrundsätze	336
2.5.5.1	Der Berufsgrundsatz der Treue	336
2.5.5.2	Der Berufsgrundsatz der Unparteilichkeit	337
2.5.5.3	Das Provisionsannahmeverbot	337
2.5.5.4	Das Pfuscherdeckungsverbot	337
2.5.5.5	Der Auftragsschutz	337
2.5.5.6	Standesgemäßes Verhalten	338
2.5.5.7	Titelschutz und Titelführung	338
2.6	Verstöße gegen Berufsgrundsätze	338
3.	Organisation des Wirtschaftstreuhandbetriebes	339
3.1	Planung und Organisation	339
3.2	Aufbau- und Ablauforganisation	340
3.2.1	Die Aufbauorganisation	340
3.2.2	Die Ablauforganisation	346
4.	Qualitätssicherung im Wirtschaftstreuhandbetrieb	347
4.1	Der Begriff „Qualität“ und die Notwendigkeit der Qualitätssicherung	347
4.2	Qualitätskontrolle in den USA	348
4.3	Qualitätskontrolle in Europa	350
4.4	Qualitätskontrolle in Deutschland	352
4.5	Qualitätskontrolle in Österreich	354
4.5.1	Fachgutachten der KWT und Richtlinien des iwv	354
4.5.2	Interne Qualitätssicherungsmaßnahmen	355
4.5.3	Fortbildungsverpflichtung	356
4.5.4	Externe Qualitätssicherungsmaßnahmen	357
4.5.4.1	Das Institut österreichischer Wirtschaftsprüfer	357
4.5.4.2	Das Abschlussprüfungs-Qualitätssicherungsgesetz	357
4.5.5	Beirat für Rechnungslegung und Abschlussprüfung – AFRAC	359
	Stichwortverzeichnis	361